

Rassismus und Ausgrenzung

Auf einer AfD-Kundgebung auf dem Münchener Goetheplatz am 14. September 2017 schimpfte Zimniok über „Horden an Wilden, die die Grenzen überwinden mit Gewalt“. „Migranten“ würden sich „feige“ aufmachen und dabei ihre Familien im Stich lassen. Auch die nationalsozialistische Chiffre der „Umvolkung“, über einen Austausch von Bevölkerungsteilen nach ethnischen Gesichtspunkten, verbreitete Zimniok: „Die CSU volkt um!“. Sein rassistisches Staatsverständnis illustrierte der Bundestagskandidat anschließend in seinen Ausführungen über die Vergabe von Sozialwohnungen mit dem Satz „Ich wusste nicht, dass die Deutschen schwarz sind.“ Rassistische Zuschreibungen finden sich auch in weiteren Äußerungen des AfD-Kandidaten, in seiner Bewerbungsrede rief er im November 2018 in den johlenden Saal: „Der Migrationsdruck manifestiert sich in dem Bevölkerungswachstum, den kann ich nicht beenden, da müsste ich jeden Afrikaner trennen von seiner Partnerin. Wir wissen ja, wie schon unsere Fürstin Gloria sagte so treffend: Der Afrikaner schnackselt halt gern.“ In einem weiteren Vortrag schimpfte Zimniok: „Wir holen uns weiter hunderttausende unqualifizierte Analphabeten und sonstiges Gesocks, Terroristen und was weiß ich alles herein!“

Zimniok fabuliert von einer angeblichen „Islamisierung“ Deutschlands und behauptet, dass Familie und Heimat angeblich „von Abschaffern zerstört“ würden. Politische Gegner*innen bezeichnet er als „degenerierte Gutmenschenzene“ und sieht sich im Kampf gegen „das System“ und „Gegner nicht Mitbewerber“. Der AfD-Kandidat raunt von der verschwörungsideologischen Chiffre der „Neuen Weltordnung“ und erklärt, Deutschland werde durch die Klimapolitik „deindustrialisiert“. In Deutschland seien „unfähige, gewissenlose und ideologisch verblendete Politiker“ unterstützt von „unterwürfigen Medien“ am Werk, Integrationsprogramme seien „Quatsch“, den man nicht brauche, so Zimniok an anderer Stelle. Eine gendergerechte Sprache, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt berücksichtigt, sei laut Bernhard Zimniok „ein Schmarrn auf den die Welt nicht gewartet habe“. Im „Stuttgarter Aufruf“ solidarisiert er sich mit radikalen Funktionär*innen, die selbst die AfD loswerden möchte, bei einem Treffen der völkischen Plattform „Der Flügel“ im Mai 2019 in Greiding soll er als Redner auftreten.

Nationaler Egoismus statt Europäische Kooperation?

Die AfD möchte weniger europäische Zusammenarbeit und mehr nationalistischen Egoismus. Sie tut so, als ob Deutschland nicht schon jetzt seine Interessen in der EU offensiv vertritt und ignoriert die großen Vorteile, welche der Bundesrepublik aus der europäischen Kooperation erwachsen. Gemeinsame Errungenschaften wie Euro, Reisefreiheit und europäische Grundrechte möchte sie am liebsten abschaffen oder beschneiden.

Auf die drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit hat die AfD keine Antworten: Klimaschutzpolitik lehnt sie ab, während die Folgen des Klimawandels weltweit täglich sichtbar werden. Für Strukturwandel, soziale Probleme, Digitalisierung, Verbraucherschutz, energiepolitische Herausforderungen oder ein Europa der Zukunft hat sie keine tragfähigen Konzepte. Stattdessen befuehrt sie mit öffentlichen Geldern einen Kulturkampf gegen Muslime, schürt gezielt Ressentiments und Ängste, fordert mehr nationale Abschottung gegen Geflüchtete, setzt sich für Aufrüstung und Militarisierung ein und agitiert gegen Gleichstellungsmaßnahmen. Sie greift damit direkt das multikulturelle Zusammenleben in offenen Gesellschaften an und untergräbt die Grundlagen eines demokratischen Europas.

Weder in Deutschland noch in Europa – die AfD bietet keine Alternativen!

Die AfD im Europawahlkampf 2019 – Nationalistischer Egoismus statt europäischer Kooperation

Obwohl die AfD das Europaparlament eigentlich auflösen möchte, tritt sie wie andere Parteien der extremen Rechten, wie zum Beispiel die NPD und der Dritte Weg, zur Europawahl am 26. Mai 2019 an. Nach der Wahl, bei der sie sich noch mehr Abgeordnetenmandate und öffentliche Gelder verschaffen kann, strebt die AfD eine gemeinsame Fraktion mit Abgeordneten rechter Parteien aus anderen EU-Ländern unter anderem der Dänischen Volkspartei, der Lega aus Italien und der FPÖ aus Österreich an.

In ihrem Europawahlprogramm und den Äußerungen und Reden ihrer Funktionär*innen wird deutlich, wie die AfD versucht, ihre extrem rechte Agenda nach Brüssel zu tragen:

„Festung Europa“ und „Remigration“

Wie die NPD bezieht sich die AfD positiv auf eine „Festung Europa“. Ein Europa, das sich abschottet und mit möglichst hohen Zäunen umgibt. Diese Zäune sollen verhindern, dass Menschen die gefährliche Flucht vor Krieg, Verfolgung und Elend nach Europa gelingt. Die AfD spricht hierbei nicht von Menschen sondern von „anschwellenden Migrationsströmen“ und sie ist sogar dagegen, dass Frontex-Missionen der EU-Staaten Menschen aus Seenot im Mittelmeer retten. Die Partei akzeptiert keine Aufnahmequoten, um geflüchtete Menschen in Europa zu verteilen und möchte, dass die EU-Staaten wichtige internationale Abkommen der Vereinten Nationen zur Regelung von Flucht und Migration sowie der Behandlung von Geflüchteten einfach wieder verlassen.

Die AfD will viel mehr Menschen aus Deutschland abschieben. Damit sich das nicht so erschreckend anhört, spricht sie selbst von „Remigration“ und kündigt an, dass sie „Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs“ einrichten möchte. Auch vor Menschenrechten macht die AfD dabei nicht Halt: Um Asylsuchende so behandeln zu können, wie sie es möchte, will die Partei sogar wenn nötig die Europäische Menschenrechtskonvention verändern!

Die AfD gegen die Wissenschaften

Zum Klimawandel erzählt die AfD eine Verschwörungsgeschichte: Angeblich belügen zehntausende Wissenschaftler*innen, Expert*innen, Journalist*innen, Unternehmen, Politiker*innen die ganze Welt. Sie manipulierten Daten und erfänden einen menschlichen Einfluss auf den Klimawandel mit ansteigenden Temperaturen, wachsenden Wüsten und ansteigenden Meeresspiegeln. Sie betreiben dabei nach AfD-Verständnis eine „illegitime gesellschaftliche Wende hin zu einem ökologischen Planungs- und Zwangsstaat mit gewollter Mangelwirtschaft.“ Die Partei hält Klimaschutzpolitik für einen „Irrweg“ und lehnt die EU-Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen ab. Stattdessen sollen zum Beispiel Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke solange in Betrieb bleiben, wie deren Betreiber*innen es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen für sinnvoll halten.

Auch in anderen Fragen wendet sich die AfD gegen das Urteil von Wissenschaftler*innen und Expert*innen: Sie möchte das Berufsbild der Heilpraktiker*innen erhalten, aber der Genderforschung

alle Forschungsmittel in der EU streichen und somit einer wissenschaftlichen Teildisziplin die Finanzierung nehmen. In der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen setzt die AfD entgegen aktueller Erkenntnisse führender Bildungswissenschaftler*innen für Kinder auf getrennte Förderschulen und nicht auf gemeinsames Lernen.

Grenzkontrollen, keine Bankenregulierung und ganz viel Freihandel

Nach den Vorstellungen der AfD, sollte es vorbei sein mit der freien Fahrt in Europa: Die Partei möchte wieder Grenzkontrollen an allen nationalen Grenzen einführen. Die Personenfreizügigkeit für EU-Bürger möchte sie wieder abschaffen und EU-Ausländer*innen rechtlich schlechter stellen als Inländer*innen.

In der Wirtschaftspolitik fordert die AfD vor allem mehr Wettbewerb und mehr ungehinderten Freihandel. Politische Regulierung erdrücke angeblich die Märkte, Protektionismus und Importbeschränkungen möchte die AfD bekämpfen. Aus dem Euro als gemeinsamer Währung will die AfD austreten und zu einer nationalen Währung zurückkehren. Eine Finanztransaktionssteuer, um Börsengeschäfte zu besteuern, möchte die AfD nur einführen, wenn sie zeitgleich weltweit flächendeckend etabliert wird, was im Moment undenkbar erscheint. Die EU solle den Kampf gegen Steuerhinterziehung der OECD überlassen und selbst angesichts der verheerenden Bankenkrise 2007 keine europäische Bankenregulierung betreiben.



AFD Europawahlkampf-Plakat;
Foto: Thomas Witzgall

Auch wenn die Auswirkungen von Geschlechterdiskriminierung auf Entlohnung, Berufserfolg und Arbeitsleben gut erforscht und dokumentiert sind, streitet die AfD diese ab und spricht von „*vermeintlicher Diskriminierung*“. Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen wie zum Beispiel Förderprogramme und Quotenregelungen lehnt die AfD ebenso strikt ab, wie eine sprachliche Berücksichtigung von geschlechtlicher Vielfalt, die nicht ausschließlich die männliche Form von Wörtern benutzt. Die soziale Bedingtheit und Konstruktion von Geschlechterrollen ist für die AfD nicht wichtig, sie fürchtet, dass etwa Erkenntnisse von Genderwissenschaften aber auch Sexualkundeunterricht Kinder „*verunsichern*“ könnten. Maßnahmen gegen Hassrede im Internet gelten ihr als „*Zensur und Meinungsunterdrückung*“.

Gleichstellungsförderung? – Nicht mit der AfD

In ihrem Europawahlprogramm macht die AfD klar, dass in ihren Augen nicht-heterosexuelle Beziehungen nicht den Stellenwert einer Ehe haben sollen. Eine Familie besteht für die AfD aus Mann, Frau und Kindern, Familienpolitik soll die Fortpflanzung fördern, um den Geburtenrückgang zu bekämpfen.

Die Zahl von Frauen, die sich in Deutschland jährlich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, ist der AfD zu hoch und sie spekuliert, dass die Betroffenen nicht ausreichend aufgeklärt würden und deshalb die Behandlung vornehmen lassen. Die aktuelle Situation bezeichnet die AfD als „*unwürdig und beschämend*“ und meint damit nicht etwa die Einschränkungen für Ärzt*innen in der Information zu Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland durch §219. Sie behauptet vielmehr, es gebe eine „*Bagatellisierung und Verharmlosung*“ dieser medizinischen Maßnahme und möchte die EU-Förderung von Organisationen in diesem Feld streichen.

Muslimenfeindlichkeit und Militarismus

Die Geschichte des Islam in Europa blendet die AfD in ihren Erzählungen weitgehend aus, sie behauptet entgegen allen Fakten, dass der Islam keine Religion sondern eine „*Ideologie*“ sei, die außerdem mit Europa und Deutschland inkompatibel ist. Sie sagt, dass Menschen muslimischen Glaubens den Frieden und die Werte Europas bedrohen würden, während sie selbst das friedliche Zusammenleben der Religionen vergiftet. Wenn sie „den Islam“ zur „*Gefahr für Europa*“ verzerrt und ankündigt, sich „*verteidigen*“ zu wollen, stiftet sie mit ihrer martialischen Rhetorik gezielt gesellschaftlichen Unfrieden.

Ginge es nach der AfD würde Deutschland in Zukunft deutlich mehr Geld für Waffen und Soldat*innen ausgeben: Sie möchte zwei Prozent des Bruttosozialproduktes ausschließlich hierfür verwenden! Auch die Wehrpflicht möchte die Partei wieder einführen. Die Entwicklungshilfe soll demgegenüber zusammengestrichen werden: Hier ist laut AfD ebenfalls der Freihandel die Lösung, dieser sei „*die wirksamste und unbürokratischste Form der Entwicklungshilfe*.“

Die AfD hält die Europäische Gemeinschaft insgesamt für ein „*undemokratisches Konstrukt*“. Langfristig möchte sie, dass Deutschland sich aus dem historischen gemeinsamen Projekt verabschiedet und schlägt einen kompletten Ausstieg aus der EU nach einer Volksabstimmung vor!



Kandidat Zimniok (links); Foto: Marcus Buschmüller

Bernhard Zimniok möchte in Brüssel die „Festung Europa“ bauen

Die bayerische AfD schickt vier Kandidat*innen ins Rennen um das Europaparlament: Bernhard Zimniok (München, Listenplatz 5), Sylvia Limmer (Bayreuth, Listenplatz 9), Rainer Rothfuss (Lindau am Bodensee, Listenplatz 21) und Christopher Birghan (München, Listenplatz 23).

Mit Bernhard Zimniok hat es ein Münchener AfD-Funktionär auf den aussichtsreichen Listenplatz 5 geschafft, der bei der Bundestagswahl 2017 als Kandidat gescheitert war. Der ehemalige Bundeswehrsoldat inszeniert sich als angeblicher Außenpolitikkenner und fällt hierbei mit fragwürdigen Positionen auf. Über den brutalen Diktator Bashar Al-Assad, dessen Armee hunderttausende Syrer*innen getötet und in Folterkellern gequält hat, bemerkte Zimniok in der Vergangenheit etwa, dass dessen Methoden „*etwas gewöhnungsbedürftig*“ seien. Aber er sage sich „*fremde Länder, fremde Sitten*“ und spricht sich für die Aufhebung der Sanktionen gegen die syrische Regierung aus. Es gibt laut Zimniok keine Alternative zu einer Normalisierung der Beziehungen mit dem Regime, dessen System „*verlässlich*“ sei. Er glaube Assads Versprechen, dass „*rückgeführten*“ Geflüchteten nichts geschehe und es gelte ohnehin, dass „*Demokratie, in dem Sinne wie wir uns das vorstellen*“ in der Region nicht möglich sei. In Bezug auf Geflüchtete steht Bernhard Zimniok für die unzweideutige AfD-Linie. So fordert er auch angesichts von über 2.000 Menschen, die 2018 bei dem Versuch, über das Mittelmeer zu flüchten, gestorben sind: „*Es ist höchste Zeit mit dem Bau der Festung Europa zu beginnen, wir dürfen keine Zeit mehr verlieren!*“